

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkssblatt

Beitelsfährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sp.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sp.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N^o 98.

Paderborn, 16. August

1849

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Kammer-Verhandlungen; Sparsamkeit des Kriegsdepartements); Frankfurt (die bevorstehende Rückkehr des Prinzen von Preußen nach Berlin u.; Verwahrung der Centralgewalt gegen die Waffenstillstands-Convention mit Dänemark; Secretär Lauthäuser nach Gastein; Münster (päpstliche Breve); Memel (ein Grenz-Scharmügel); Braunschweig (der Anschluß an den drei Königsbund von den Kammern genehmigt); Darmstadt (Anschluß zum Spreebunde betreffend); Rastatt (Liedemann u.); Wien (telegraphische Depesche).

Frankreich. Paris (Herr von Lesseps u.).

Ungarn. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.)

Schweiz. (Verordnung der Bundesversammlung.)

Schweden und Norwegen. (Die Besetzung Schlesiens.)

Dänemark. (Das Reichsgrundgesetz.)

Italien. (Garibaldi von den Desirichern geschlagen); Rom (Proclamation.)

England. London (die Königin in Irland.) — Vermischtes.

Deutschland.

Berlin, 13. August. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer ist folgender Antrag gestellt worden, welcher die nöthige Unterstützung fand.

Der Unterzeichnete beantragt: Die erste Kammer wolle beschließen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Artikel 111 der Verfassung vom 5. December 1848 angewandt werde auf diejenige Verfassung, welche aus den Beratungen des, durch die Regierung unterm 28. Mai eingeleiteten und in der Eröffnungsrede des Minister-Präsidenten Grafen von Brandenburg am 7. August neuerdings angekündigten, Reichstags und aus den Verhandlungen desselben mit den deutschen Regierungen hervorgehen wird.

Motive: Der angeführte Artikel 111 hatte den Zweck, die Regierung von der Verpflichtung zu entbinden, die für Deutschland mit der, aus der Wahl des gesammten deutschen Volkes hervorgegangenen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. festzustellende Verfassung nachträglich den preussischen Kammern zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Er redet von einer Verfassung für ganz Deutschland, von einer deutschen Verfassung und ist nicht anwendbar auf die Verfassung eines Bundesstaates, welchem vielleicht mehrere deutsche Staaten nicht beitreten werden. Daß auch durch eine bundesstaatliche Verfassung für einen Theil Deutschlands die Rechte der preussischen Kammern ohne deren Zustimmung abgeändert und beschränkt werden dürfen, kann aus dem Artikel 111 nicht gefolgert werden, vielmehr ist dafür eine ausdrückliche Verzichtleistung erforderlich, wie sie der obige Antrag enthält.

Seine Annahme würde dem Sinne derjenigen entsprechen, welche, wie der Unterzeichnete, der Regierung auf dem von ihr in der deutschen Angelegenheit betretenen, schwierigen Wege ihre Unterstützung gewähren wollen. Er spricht Genehmigung für die Vergangenheit und ein verleugnungsvolles Vertrauen für die Zukunft aus.

Die Annahme des Vertrages erscheint beinahe als eine Nothwendigkeit für diejenigen, welche das Zustandekommen des Bundesstaates ernstlich wollen; denn dieses Zustandekommen würde sehr zweifelhaft sein, wenn nach Vollendung der Verfassung die Volksvertretung jedes einzelnen Staates das Recht der Annahme oder Verwerfung hätte.

Mit einem solchen Vorbehalte wäre der Reichstag tiefer gestellt, als die Volksvertretung jedes kleinen Staates; er würde weder Ansehen gewinnen, noch Muth und Freudigkeit zur Arbeit in sich finden; die Wahlen würden mit Theilnahmslosigkeit vollzogen werden und vielleicht würden die besten Männer Deutschlands, der fruchtlosen Bestrebungen müde, sich nicht einer langen Thätigkeit widmen wollen, aus welcher nur der Entwurf einer Verfassung zur Vorlage an die Einzelkammern in den Deutschen Ländern hervorgehen könnte.

Die Annahme des Antrags dagegen, so wie sie die Regierung auf ihrem Wege ermuntert und stärkt, wird Deutschland als ein

unzweideutiges Zeichen der Hingebung des preussischen Volkes an die deutsche Sache freudig aufnehmen, sie wird die ermattenden Hoffnungen neu beleben und andere deutsche Kammern zugleich entscheidenden Schritten anseuern.

Für den Antrag und für dessen möglichst rasche Erledigung wird schließlich angeführt, daß dadurch die endliche Entscheidung der Frage beschleunigt wird, ob Deutschland einen Bundesstaat mit Volksvertretung erringt oder darauf verzichten muß. Preußen kann aus Gründen der innern und äußern Politik nicht lange mehr in dem Zustande der Ungewissheit darüber verharren; es kann den übrigen deutschen Staaten nicht lange mehr die Wahl zwischen Ja und Nein gestatten und es ist die Pflicht der preussischen Volksvertretung, auf eine baldige Lösung, sie sei eine bejahende oder eine verneinende, hinzuwirken.

Berlin, den 11. August 1849.

Gamphausen, als Antragsteller.

Unterstützt von:

Bergmann. Kühne. v. Pommer-Esche. Magnus. v. Gordon. Diergardt. Stünzner. Graf Bücker. di Dio. Schulz-Wehmde. Wodiczka. vom Rath. v. Brandt. Frhr. v. Vincke. v. Wittgenstein. Baumstark. v. Bernuth. v. Keltch. Dahlmann. Wachler. v. Zepper. Knoblauch. v. Olfers. v. Oppen. v. Kempis. Maetzke. v. Brünnek. Kisker. Graf v. Rittberg. Goldammer. Hermann. v. Bodum-Dolffs. v. Frangius.

— Der Minister v. Manteuffel überreichte unter folgenden Worten einen Entwurf der Gemeinde-Ordnung:

Ich überreiche einen Entwurf der Gemeinde-Ordnung, welchen ich nur mit einer Bemerkung über die Stellung der Regierung zur Verathung derselben begleite: Die Dringlichkeit derselben, namentlich für die Landgemeinden der östlichen Provinzen, bedarf keiner Befürwortung, nachdem manche frühere Institute dem Sturm des vorübergehenden Jahres nicht widerstehen konnten, oder auch innerlich morisch geworden. Die Vorlage ist nach vielfach eingezogenen Gutachten und Eingaben verfaßt. Sie bezweckt eine lebendige Theilnahme aller Organismen im Staate. Es ist auf der einen Seite nöthig, daß die Gemeinde nicht ganz frei und abgesondert bleibe, andererseits die Stelle einnehme, welche sie muß, wenn das neue Staatsleben ins Innere des Volkes eindringen soll.

Es sind hier die beiden Klippen zu umschiffen, das Partikulare allzusehr vormalen zu lassen, oder zu verdrängen. Eine Gleichmäßigkeit der Gesetzgebung ist nöthig, aber auch äußerst schwierig; daher behandelt die Regierung, unter Beachtung des erwähnten allgemeinen Gesichtspunktes, vieles Einzelne als offene Frage, und erwartet hierüber die Ansichten der hohen Kammer. (Bravo.)

— In der zweiten Kammer wurde am 11. der Abgeordnete Lensing mit 240 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten ernannt. Auch wurde die Wahl der Schriftführer in so weit demnächst vorgenommen, daß die Stimmzettel abgegeben wurden und der Präsident das Resultat in der nächsten Sitzung mitzutheilen versprach.

Berlin, 12. August. Das Bestreben des Kriegsdepartements, den außerordentlichen Ausgaben der jetzigen Zeit wenigstens durch äußerste Sparsamkeit zu begegnen, eben so wie die Rücksicht auf praktische Bekleidung für den Kriegsdienst, hat, wie es scheint zu der Idee geführt, die Uniformirung der Husaren-Regimenter zu reorganisiren. An Stelle der Pelze und des Dolmans soll als ausschließliche Bekleidung der Attila mit 5 Schnüren auf der Brust eingeführt, und der Kolpak, welcher gegen die Sonnenstrahlen keinen Schutz gewährte, mit einer praktischeren, leichteren Kopfbedeckung vertauscht werden. (G. G.)

Frankfurt a. M., 9. August. Der Prinz von Preußen wird recht bald die Rückreise aus Baden nach Preußen antreten.